

# Die Unterländer waren 1954 gegen die Einführung der AHV

**Rückblick** Im Rahmen der Vortragsreihe «Politik und Gesellschaft in Liechtenstein nach 1945» des Liechtenstein-Instituts beleuchteten der Historiker Fabian Frommelt und der Politologe Wilfried Marxer, beide Forschungsbeauftragte am Liechtenstein-Institut, wie sich Politik und Gesellschaft nach Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 entwickelten.

Nach den oft heftigen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Parteien während der Dreissigerjahre beschlossen diese ein Proporzabkommen, das zur Befriedung beitragen, eine gerechtere Machtverteilung im Landtag und den politisch zu besetzenden Gremien ermöglichen sollte. Die Landtagswahl im Kriegsjahr 1939 ist in diesem Sinne als stille Wahl abgehalten worden, das heisst, die Parteien bestellten ihre Abgeordneten für den Landtag. Bei der Landtagswahl am 29. April 1945 kam es erstmals nach dem Krieg zu einem Urnengang, wobei die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) mit 8 der 15 Sitze die Mehrheit der Mandate erringen konnte. Mit einer Ausnahme hielt sich dieses Wahlergebnis bis zu den Wahlen im Jahr 1970, als nach mehr als vierzig Jahren die Vaterländische Union (VU) im Landtag die Mehrheit erhielt.

## Unzimperlich und polemisch

Der Politologe Wilfried Marxer skizzierte die weiteren Wahlauseinandersetzungen bis 1970. Die Wahlkämpfe erstreckten sich jeweils über wenige Tage. Teilweise wurden die Wahllisten und Wahlprogramme drei Tage vor dem Wahlsonntag in den Landeszeitungen abgedruckt. Die Auseinandersetzungen, also das Werben um Stimmen und die Bekämpfung des politischen Gegners wurden unzimperlich, polemisch geführt. «Es flogen die Fetzen», sagte dazu Wilfried Marxer, aber das war nicht von Dauer. In einigen Volksabstimmungen (Landtagsvergrößerung, Steuergesetz, Saminawerk, Gewerbeordnung, Waffengesetz) habe die Bevölkerung beim Für



Wilfried Marxer und Fabian Frommelt blickten bis 1945 zurück. (Foto: Paul Trummer)

oder Wider relativ grosse Übereinstimmung gezeigt. Allein die Einführung der AHV war heftig umstritten gewesen.

In den Wahlauseinandersetzungen hielten sich in der Kritik des Gegners über Jahre dieselben Argumente. Die VU berief sich auf Leistungen, die Jahre zurücklagen, wie den Zollanschluss an die Schweiz oder den Ausbau des Rechtsstaates, zumeist Verdienste ihres Gründers Wilhelm Beck (damals Volkspartei). Die FBP bezog sich auf die Dreissigerjahre, als sie nach dem Sparkassa-Skandal die Verantwortung trug, erfolgreich wirtschaftete und nicht mit den Nationalsozialisten sympathisierte. Ihre weiteren Verdienste: Bau des Binnenkanals, Ausbau des Strassennetzes, Rüfverbauung. Eine Wahlbeschwerde (VU) und die provozierte Neuwahl nach dem Pro-

porzstreit - es ging um die Besetzung des Präsidiums der neu eingeführten AHV - zahlten sich nicht aus. Bei der Landtagswahl 1953 gab es im Oberland eine Wahlliste «Unselbständig Erwerbende und Kleinbauern», an die insbesondere die VU Stimmen verlor. Die hohe Sperrklausel von 18 Prozent verhinderte allerdings den Einzug ins Parlament. Zur Landtagswahl 1957 kann als Novum vermerkt werden, dass die Parteien ihre Programme bereits zwei Wochen vor dem Wahltermin publizierten. Zudem war im Parteiprogramm der VU erstmals vom Frauenstimmrecht die Rede.

## Kaum Streit zwischen den Ständen

Aus welchen Schichten setzte sich die Bevölkerung in den Jahren nach dem Krieg zusammen? Fabian Frommelt analysierte die Zusammensetzung

anzahl verschiedener Kriterien, wobei je nach Blickwinkel unterschiedliche Zuordnungen möglich sind. Insbesondere die Daten aus den Volkszählungen geben interessante Aufschlüsse. Wie reich oder arm waren beispielsweise die Leute damals. Im Agrarstaat mit den bäuerlichen Strukturen gehörten die Landwirte zu den Geringverdienern. Die höchsten Einkommen erzielten Direktoren, leitende Angestellte, freie Selbständige wie Ärzte, Rechtsanwälte und technische Fachkräfte (zumeist Ausländer). Bei den Vermögenswerten hingegen waren die Landwirte Spitzenreiter. Auch Arbeiter verfügten meist über ein Eigenheim und rangierten bei den Vermögenswerten im Mittelfeld.

Zwischen den einzelnen Schichten oder «Ständen» gab es wenig Auseinandersetzungen. Gesellschaftliche Spannungsfelder waren vor allem der Parteienstreit und die Entnazifizierung. Für manche Gruppierungen sei die Bestrafung von Nazisympathisanten oder aktiven staatsfeindlichen Nationalsozialisten zu milde ausgefallen. Die Regierung war zurückhaltend, zukunftsorientiert. Nach der Verbüssung ihrer Strafen konnten denn auch einige der Nazi-Agitatoren privat oder im öffentlichen Dienst Karriere machen. Die Zunahme der ausländischen Arbeitskräfte hat vor 70 Jahren schon Ängste und Befürchtungen ausgelöst. Der Ausländeranteil von 18 Prozent wurde als das Maximum angesehen. Insgesamt sei die Ära nach dem Krieg keine Zeit für Aufbruch und Neugestaltung gewesen. In jener Zeit seien jedoch die Grundlagen für die Entwicklung in den späteren Jahren geschaffen worden, so der Historiker. (hs)